



Antrag

der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Unwirtschaftlichkeit von Kohlekraftwerken

Der Landtag wolle beschließen:

Der schleswig-holsteinische Landtag stellt fest:

Neuere wissenschaftliche Untersuchungen legen nahe, dass die Wirtschaftlichkeit von neu zu errichtenden Kohlekraftwerken in Brunsbüttel nicht gesichert ist.

Der Neubau von Kohlekraftwerken in Brunsbüttel droht deshalb als „gestrandete Investition“ keine Gewinne zu erzielen und damit zu volkswirtschaftlich negativen Effekten zu führen.

Die Gemeinde Brunsbüttel wird in diesem Fall aus der Ansiedlung von Kohlekraftwerken keine Gewerbesteuererinnahmen erzielen. Das Land Schleswig-Holstein wird in diesem Fall entsprechend nicht von der Gewerbesteuerumlage profitieren.

Vor diesem Hintergrund bittet der Landtag die Landesregierung, auf die Standortkommune und die Investoren dahingehend einzuwirken, dass die Planungen zum Neubau der Kohlekraftwerke eingestellt werden.

Begründung:

Die Ergebnisse neuer Untersuchungen an der Universität Flensburg zum Thema „Auswirkungen der Offshore-Windenergie auf den Betrieb von Kohlekraftwerken in Brunsbüttel“ zeigen eindeutig, dass durch die gesetzlich festgelegte vorrangige Ein-

speisung von Windstrom in die Stromnetze Strom aus Kohlekraftwerken verdrängt wird. Die geplanten Kohlekraftwerke in Brunsbüttel werden die geplanten jährlichen Betriebsstunden nicht erzielen können und deshalb keine Wirtschaftlichkeit erreichen. Infolge des Ausbaus der Erneuerbaren Energien wird es eine tiefgreifende Umstrukturierung der nationalen Kraftwerkszusammensetzung geben. Atomkraftwerke und große Kohlekraftwerke können als reine Kondensationskraftwerke Schwankungen des Stroms aus Wind und Sonne nicht ausgleichen, weil sie überwiegend Grundlaststrom erzeugen und nur sehr begrenzt ihre Leistung modulieren können. Neue Kohlekraftwerke sind die nächsten Pleite-Immobilien. Prof. Olav Hohmeyer von der Universität Flensburg, der die Untersuchung betreute, führte bei einer Pressekonferenz der Deutschen Umwelthilfe (DUH) am 12.11.08 aus: „Die Ökonomie arbeitet für den Klimaschutz und für die Gegner neuer Kohle- und alter Kernkraftwerke“. Prof. Hohmeyer ist Leiter des Studiengangs Energie- und Umweltmanagement sowie der stellvertretende Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Climate Change Mitigation“ der UN-Klimaausschusses IPCC (intergovernmental panel on climate change). Weitere Begründung mündlich.

Detlef Matthiessen und Fraktion